

Antrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels in Deutschland

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode eine Vereinbarung zur Einführung eines Tierwohllabels getroffen haben, da dies ein Schritt in die richtige Richtung ist.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Ebene der Fachministerkonferenzen und beim Bund dafür einzusetzen, dass die Einführung eines Tierwohllabels zeitnah angegangen wird.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in gleicher Weise dafür einzusetzen, dass das staatliche Tierwohllabel als verpflichtende Kennzeichnung analog zur Eierkennzeichnung ausgestaltet wird und bei allen Fleischprodukten (verarbeiteten und frischen sowie verpackten und unverpackten Erzeugnissen) Anwendung findet.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund und der EU dafür einzusetzen, dass Förderprogramme, Beratung und Forschung so ausgestaltet werden, dass der Umbau der Tierhaltung in Deutschland hin zu artgerechten Haltungsverfahren den Fortbestand der bäuerlichen Betriebe unterstützt und dem Strukturwandel entgegenwirkt. Dabei ist zentral, dass die für den Umbau der Tierhaltung nötigen Investitionen zu einem großen Teil aus staatlichen Mitteln (EU/Bund/Land) zur Verfügung gestellt werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auch auf EU-Ebene für die Einführung eines entsprechenden Labels bzw. einer vergleichbaren Fleischkennzeichnung einzusetzen.

09. 05. 2018

Andreas Schwarz, Braun
und Fraktion

Dr. Reinhart, Dr. Rapp
und Fraktion

Begründung

Das Konsumverhalten sowie die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Es wird zunehmend Wert auf regionale Produkte gelegt. Die Bürgerinnen und Bürger möchten wissen, woher ihre Lebensmittel stammen, und gerade auch die kleinen Familienbetriebe vor Ort sollen unterstützt werden. Dabei spielt auch die Frage des Tierwohls bzw. der Haltungsform eine entscheidende Rolle.

Im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung heißt es: „durch eine Haltungskennzeichnung bei frischem Fleisch – analog zur Eierkennzeichnung – wollen wir faire Preise für die Erzeuger und Transparenz ermöglichen. Damit haben die Verbraucherinnen und Verbraucher eine Grundlage für eine bewusste und verantwortungsvolle Kaufentscheidung.“

Zudem wird immer deutlicher, dass die Bereitschaft wächst, für Erzeugnisse aus Betrieben mit guten Haltungsbedingungen mehr zu bezahlen. Von dieser Entwicklung profitieren auch die landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land. Mit Blick auf die teilweise sehr niedrigen Preise am Markt hätte die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels positive Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Betriebe. Dies zeigt sich schon heute bei einem Vergleich konventionell und ökologisch wirtschaftender Betriebe. Auch hier sind die Menschen bereit, für ökologisch produzierte Produkte mehr zu bezahlen.

Um diese positiven Effekte erzielen zu können, ist ein verpflichtendes und leicht verständliches staatliches Label unverzichtbar. Schon heute gibt es eine Vielzahl von Labels im Zusammenhang mit den Haltungsbedingungen. Die verschiedenen Kennzeichnungen legen jedoch unterschiedliche Kriterien zugrunde und haben nur eine geringe Breitenwirkung. Dies macht für den Verbraucher eine konkrete Einordnung schwierig und führt zu Verwirrung. Um dies zu vermeiden, ist es erforderlich, ein Tierwohllabel zu entwickeln, das verständlich aufgebaut ist und auf das sich die Verbraucherinnen und Verbraucher verlassen können. Dies gelingt nur, wenn verbindliche Vorgaben auf Bundesebene gemacht werden.

Erfasst werden sollten möglichst alle Fleischprodukte. Dies sorgt für die notwendige Transparenz und Nachvollziehbarkeit, auch bei einer Weiterverarbeitung. Des Weiteren wird ein starker Anreiz dafür gesetzt, Verbesserungen bei den Haltungsbedingungen vorzunehmen. Schon heute werden Verbesserungen bei der Tierhaltung in Baden-Württemberg über das Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) sowie das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) unterstützt, und auch im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene ist festgehalten, dass der Mehraufwand honoriert werden soll. Durch diese Maßnahmen wird dafür Sorge getragen, dass Betriebe, die ihre Haltungsbedingungen weiter verbessern wollen, nicht allein gelassen werden.

Ziel sollte es auf lange Sicht sein, eine EU-weite Kennzeichnung auf den Weg zu bringen. Eine nationale Lösung ist zwar ein erster wichtiger Schritt, aber eine Verbesserung der Haltungsbedingungen sollte in ganz Europa angestrebt werden. Weiterer zentraler Aspekt ist dabei auch die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen. Nur eine EU-weite einheitliche Kennzeichnung stellt sicher, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe die gleichen Kriterien erfüllen müssen.